

# STELLUNGNAHME

## Gegen Privatisierung

*Zur Berichterstattung über die Schließung des Vermolder Krankenhauses erreichte uns eine Stellungnahme der Partei Die Linke*

Während das Aktionsbündnis »Rettung der Krankenhäuser« bundesweit den Widerstand organisiert, hat Vermold schon verloren: Das Krankenhaus schließt zum 31. Dezember. Die Verluste des Krankenhauses sind für die Stadt nicht mehr finanzierbar. Da herrschte Einstimmigkeit im Rat. Damit ist die Zukunft der medizinischen Versorgung in Vermold ungewiss. Die Einrichtung eines Gesundheitszentrums soll vorangetrieben werden. Das ist wenig Konkretes, nur sechs Monate vor dem Exitus des Krankenhauses.

Dieses Ende ist seit Jahren vorhersehbar, unverständlich, wie wenig vorbereitet die Vermolder Politik darauf ist. Anstatt sich gegenseitig die Schuld am Aus zuzuschieben, sollten die Vermolder Kommunalpolitiker lieber mal über den Tellerrand schauen. Der desolote Zustand des deutschen Gesundheitssystems ist nämlich keine zwangsläufige Entwicklung, sondern er wurde seit Jahren bewusst herbeigeführt.

Die Deckelung des Krankenhausbudgets und die Einführung des Fallpauschalensystems verschlechtern die Einnahmesituation. Zudem müssen die Kliniken noch 0,5 Prozent ihrer Einnahmen als »Sanierungsbeitrag« an die Krankenkassen abführen. Die Folgen sind Arbeitsverdichtung, Überstunden und Mehrarbeit.

Große Verantwortung für die mögliche Schließung Hunderter von Krankenhäusern tragen auch die Landesregierungen. Sie sind für die Investitionen zuständig. Hier besteht inzwischen ein Investitionsstau von fast 100 Milliar-

den. Innerhalb der EU belegt Deutschland in Sachen Investition in Krankenhäuser inzwischen den letzten Platz.

Nachdem die Politik den Karren in den Dreck gefahren hat, rufen CDU-Stadtverbandsvorsitzender Tschorn und andere mal wieder nach dem Wundermittel der Privatisierung. Die Linke lehnt jede weitere Privatisierung im Gesundheitswesen ab. Gesundheit ist ein zu wertvolles Gut, als dass wir es dem schnellen Profit unterwerfen dürfen.

Ganz gleich ob Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder Schwarz-Rot, den Regierungen der letzten Jahrzehnte ist es gelungen, das einst vorbildliche deutsche Gesundheitssystem vor die Wand zu fahren. Aber die Politiker in Vermold wissen scheinbar nicht, was ihre Parteifreunde in Düsseldorf, Berlin und Brüssel tun. Sie verkaufen uns als unabänderbare, „schlimme Rahmenbedingungen“, was ihre Parteifreunde dort seit langem verbockt haben.

Unsicher ist auch die Lage der 70 Beschäftigten. Zwar sollen sie ein Arbeitsplatzangebot des Klinikums Ravensberg bekommen, aber das steht unter dem gleichen Druck wie alle anderen Krankenhäuser. Außerdem ist offen, zu welchen Konditionen eine Übernahme erfolgen soll.

Die Folgen für die Vermolder sind absehbar. Sie zahlen mit einer schlechteren Versorgung, längeren Fahrten bei Krankheit oder Unfall und im schlimmsten Fall mit ihrem Leben.

Marco Lehmann  
und Michael Pusch  
*Die Linke, Ortsgruppe Vermold*

Stellungnahmen geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns vor, eingesandte Zuschriften zu kürzen.